



Impressum Kontakt Sitemap

- [Ministerium](#)

[Startseite](#) | [Presse](#) |

- [Bauen](#)

[Pressemitteilungen](#) | [Aktuelle Meldung](#)

- [Verkehr](#)

- [Bürokratieabbau](#)

- [Presse](#)

Mehr privates Engagement für die Innenstädte - ISG-Gesetz vom Landtag verabschiedet

- [Pressemitteilungen](#)

- [Archiv 2008](#)

- [Archiv 2007](#)

- [Archiv 2006](#)

- [Archiv 2005](#)

- [Pressekontakte](#)

- [Newsletter](#)

- [Terminhinweise](#)

- [Service](#)

- [Veranstaltungen](#)

- [Bauministerkonferenz](#)

- [Links](#)

Düsseldorf. In Nordrhein-Westfalen können zukünftig Immobilien- und Standortgemeinschaften auf gesetzlicher Basis gegründet werden. Ein entsprechendes Gesetz hat der Landtag am Mittwoch (4. Juni) gebilligt. Ziel des Gesetzes ist es, private Initiativen für attraktivere und leistungsstärkere Innenstädte zu mobilisieren. Hiervon profitieren Geschäftsleute und Grundstückseigentümer, die privates und finanzielles Engagement zur Aufwertung des öffentlichen Raums in Geschäftsvierteln oder Nebenzentren verbindlich regeln wollen. „Jetzt haben wir einen Rechtsrahmen für verstärktes Engagement. Das ISG-Gesetz bindet alle in die Verantwortung ein, deren Standort von der ISG profitiert,“ sagte Bauminister Oliver Wittke in Düsseldorf.

Immobilien- und Standortgemeinschaften beschränken sich in Städten und Gemeinden auf begrenzte Gebiete wie Straßenzüge oder überschaubare Quartiere. Grundlage für den Antrag auf Gründung einer ISG bildet ein

Konzept, das die Entwicklungsperspektiven definiert. Alle Grundstückseigentümer werden dann von der Kommune über Absichten und Ziele der geplanten Immobilien- und Standortgemeinschaft informiert. Eine ISG wird verbindlich, wenn drei Viertel der Eigentümer einverstanden sind.

Ziel einer ISG können ein gemeinsames Werbekonzept, die Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit, die Gestaltung von Ruhezonen mit Sitzgelegenheiten oder ein gemeinsames Management für leerstehende Ladenlokale sein. „Mich freut es besonders, dass das ISG-Gesetz auf einem breiten Konsens beruht“, so Wittke, „Das ist eine gute Voraussetzung für die zukünftige Entwicklung in unseren Innenstädten.“

(04.06.2008)